

(Auszug aus den)

Beschlüssen Nr. 71 - 108

der 8. ordentlichen, öffentlichen Sitzung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am 27.06.2001

Drucksache Nr. 261/I

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion
„Rumpelbasar“

Beschluss Nr. 102

Die BVV hat beschlossen:

Das Bezirksamt wird gebeten sich dafür einzusetzen, daß der seit über 30 Jahren existierende „Rumpelbasar“ in Zehlendorf, bei dem auch viele sozial schwache Menschen einkaufen und u.a. brauchbares Mobiliar finden, erhalten bleibt.

Bezirksverordnetenvorsteher

27.06.2001

Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung

1. Gegenstand der Vorlage: BVV-Beschluß Nr. 102 vom 27.06.2001
Drucksache Nr. 261/1
betreffend „Rumpelbasar“
2. Berichterstatterin: Bezirksstadträtin Anke Otto
3. Die Bezirksverordnetenversammlung wird gebeten, von folgendem Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 27.06.2001 folgenden Beschluss gefasst:

„Das Bezirksamt wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass der seit über 30 Jahren existierende „Rumpelbasar“ in Zehlendorf, bei dem auch viele sozial schwache Menschen einkaufen und u.a. brauchbares Mobiliar finden, erhalten bleibt.“

Das Jugendamt, in dessen Fachvermögen das Gebäude nachgewiesen ist, in dem der „Rumpelbasar“ betrieben wird, hat mit Vertrag vom 24.11.1997 der „Neue Arbeit – Beschäftigung am Bau-GmbH Teltow“ Räume als Lager- und Basarräume zur Nutzung überlassen. In dem Vertrag ist festgelegt, dass der Nutzer verpflichtet ist, alle behördlichen Auflagen auf eigene Kosten zu erfüllen. Hierzu gehören auch die Auflagen des Bauaufsichtsamtes und des vorbeugenden Brand-schutzes der Berliner Feuerwehr.

Diese Vorgabe ist seitens des Nutzers trotz entsprechender Mahnungen nicht eingehalten worden. Zur Vermeidung von Personenschäden mußte deshalb seitens des Jugendamtes die fristlose Kündigung ausgesprochen werden.

Diese Maßnahme, die dem Jugendamt wegen der Bedeutung des Rumpelbasars für den Bezirk und für das Land Berlin nicht leichtfiel, führte dazu, dass nunmehr sämtliche Forderungen erfüllt wurden. Das Jugendamt wird daraufhin das Räumungsverfahren nicht weiter betreiben.

Nach der fristlosen Kündigung wurde durch das Verhalten des Nutzers festgestellt, dass in dem derzeitigen Vertrag die Interessen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dabei muß aber auch festgestellt werden, dass derartige Umstände nicht vorhersehbar waren.

Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2002. Dem Nutzer wird fristgemäß gekündigt. Damit erhält das Jugendamt die Gelegenheit, den Vertrag den neuen Erkenntnissen anzupassen. Für die Neuvergabe der Räume soll ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden. Hieran kann sich der jetzige Nutzer beteiligen.

Die eigentliche Arbeit in dem Rumpelbasar wird von ehrenamtlich tätigen Damen erledigt. Hierbei handelt es sich um eine Personengruppe, die seit Jahren/Jahrzehnten im Basar tätig ist und von dem jetzigen Betreiber übernommen wurde.


Diese haben, außerhalb des Vertragsverhältnisses „Land Berlin/Neue Arbeit“, nach eigenen Angaben erhebliche Ansprüche gegenüber dem Betreiber des Rumpelbasars. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche ist von ihnen ein Anwalt eingeschaltet worden. Im Zuge der Auseinandersetzung ist seitens des Betreibers des Basars den Damen Hausverbot erteilt worden. Zur Durchsetzung dieser Anordnung sind von ihm auch die Schließzylinder ausgetauscht worden. Der Betrieb des Basars wird nunmehr von ehrenamtlichen Mitgliedern der „Neuen Arbeit“ durchgeführt.

Da der bisherige Erfolg des Basars auf der Arbeit der nunmehr „ausgesperrten“ Damen beruht, ist das Bezirksamt derzeit bemüht, ihnen Unterstützung in Form der Überlassung anderer Räumlichkeiten zukommen zu lassen.

Derzeit wird durch die Abteilung Soziales die Überlassung des Speisesaals des ehemaligen Seniorenheimes in der Johannesstraße 16 - 19 (im Fachvermögen der Abteilung Soziales) vorbereitet.

Eine Ortsbesichtigung gemeinsam mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern hat ergeben, daß die dortigen Räumlichkeiten gut geeignet sind. Eine Besichtigung des Hochbauamtes hinsichtlich kleinerer Schäden hat bereits stattgefunden; eine Mietvereinbarung - längstens bis zum 31.12.2002 - ist in Vorbereitung.

Seitens der Ehrenamtlichen wird zur Zeit die Gründung eines gemeinnützigen Vereins betrieben, um sich an dem Interessenbekundungsverfahren für die Räume in der Claszeile zu beteiligen.



Weber
Bezirksbürgermeister



Anke Otto
Bezirksstadträtin